



PERSPEKTIEFE 35

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

ARBEIT & SOZIALES

LÄNDLICHER RAUM

UMWELT & DIGITALE WELT

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Den Wandel gestalten im Gemeinwesen

THEMA

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Groß-Zimmern gestalten ihr Wohnumfeld

ZUM THEMA

Sinn für's Gemeinwesen? Ja klar!



Christinnen und Christen engagieren sich auf vielfältige Weise im Gemeinwesen. Ehrenamtlich und hauptamtlich, in Initiativen, Behörden und Projekten. Ihr Glaube gibt ihnen dazu Kraft und Orientierung. Ihr Engagement ist im Glauben selbst begründet. Wer den Glauben nur in der Welt des Privaten verorten möchte unterliegt einem Missverständnis. Die Bezugsgröße des Glaubens

ist die Welt und damit die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen! Kontemplation und Aktion, Gottesdienst und Dienst am Nächsten gehören damit zusammen. Es ist geradezu das Selbstverständnis der reformatorischen Kirchen, dass Christen nicht nur Verantwortung für ihr eigenes Leben, sondern mit anderen auch im Gemeinwesen übernehmen. Die biblischen Visionen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind dabei Leitplanken des Engagements. Das ist gut so!

Ihr

Christian Schwinkel

Warum sich Kirche im Gemeinwesen engagiert

„Kirche im Gemeinwesen“ bildet seit einigen Jahren ein zunehmend wichtiger werdendes Handlungsfeld der Kirche. Gemeinsam mit säkularen Akteuren engagieren sich Kirche und Diakonie im oder für den Stadtteil oder das Dorf, nehmen die regionalen Lebensbedingungen in den Blick und versuchen sie zu verbessern. Dabei arbeiten Kirchengemeinden, Kirchenkreise, diakonische Dienste und Einrichtungen mit Kommunen und anderen säkularen Institutionen zusammen, um den Sozialraum in einer Weise zu gestalten, die „die soziale Infrastruktur einer Stadt stärkt und das nachbarschaftliche Miteinander in den Wohnquartieren ausbildet“¹.

von Prof. Dr. Uta Pohl-Patalong, Christian-Albrechts-Universität, Kiel



Ist dies eine legitime Aufgabe der Kirche? Und ist diese so wichtig, dass dafür auch in finanziell knappen Zeiten Ressourcen aufgewendet werden sollten? Diese Fragen werden innerhalb und außerhalb der Kirche gestellt und müssen plausibel beantwortet werden. Dafür erscheint es sinnvoll, unterschiedliche Ebenen der Begründung zu unterscheiden und in ihrer Differenzierung die Notwendigkeit von kirchlichem Handeln im Gemeinwesen deutlich zu machen.

1. Dem Auftrag der Kirche entsprechen (theologische Begründung)

Theologisch ist zunächst gemeinwesenorientierte Arbeit als Ausgestaltung des originären Auftrags der Kirche zu begründen. Dieser Auftrag kann beschrieben werden als „Kommunikation des Evangeliums“, die sich auf die Welt richtet. Die Welt als Ort, an dem Gott sein Reich Wirklichkeit werden lassen will, ist die Bezugsgröße kirchlichen Handelns.² Denn die Kirche ist ja nicht Selbstzweck ihres Daseins, sondern sie ist theologisch an die Welt gewiesen. „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist“, hat prononciert Dietrich Bonhoeffer formuliert. Dies erschöpft sich nicht in der individuellen Zuwendung zu bedürftigen Menschen, sondern dem Christentum ist in seiner jüdischen Tradition von seinen Anfängen an eine gesellschaftsgestaltende und damit auch gesellschaftskritische Perspektive eigen. Diese ist besonders deutlich in der Sozialkritik der alttestamentlichen Propheten, die das Engagement für eine gerechte Lebenswelt für alle Menschen, insbesondere für die Schwachen, fordern, ebenso wird diese Perspektive im Handeln Jesu aufgenommen. Diese Überzeugung wird im Engagement für den Stadtteil oder das Dorf konkret.

Anders als gelegentlich kolportiert, gehört ein solches diakonisches Handeln zu den unverzichtbaren Aufgaben der Kirche und ist keineswegs in finanziell schwierigen Zeiten ein verzichtbares Beiwerk, wie es die Rede vom kirchlichen „Kerngeschäft“ (mit dem dann Gottesdienst und Verkündigung gemeint ist) gelegentlich suggeriert. „Die Diakonie hat teil am Auftrag der Kirche, die Botschaft von der Liebe und Gerechtigkeit Gottes auszurichten und zum Glauben an Jesus Christus einzuladen.“³

2. Glaubwürdig sein in der Gesellschaft (institutionelle Begründung)

Auf dem Boden dieser theologischen Erkenntnis ist es auf einer zweiten Argumentationsebene für die Glaubwürdigkeit der Kirche unverzichtbar, für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen einzutreten. Wenn die Kirche die Botschaft von der Liebe Gottes zu den Menschen und von seinem Willen für sie, ein gutes Leben zu führen, glaubwürdig und überzeugend verkündigen will, dann muss in ihrem Handeln exemplarisch etwas davon aufscheinen, wie Menschen nach Gottes Willen leben sollen (vgl. Mt 11,5). Dies gilt nicht nur, aber besonders gegenüber Menschen ohne selbstverständliche christliche Sozialisation. „Wenn man Christen versteht, dann aufgrund ihres authentischen Lebensstils, der Wort und Tat einschließt. Das persönliche Vorbild zählt. Wort ohne Tat wäre hier unglaubwürdig, Tat ohne Wort unkenntlich.“⁴ Damit ist gemeinwesenorientierte Arbeit auch im Blick auf das – legitime – Eigeninteresse der Kirche sinnvoll und wichtig. Ihr wird gelegentlich sogar eine entscheidende Rolle für die Zukunft der Kirche zugesprochen: „Christliche Gemeinden mussten in der Geschichte sich dann



„Wenn die Kirche die Botschaft von der Liebe Gottes zu den Menschen und von seinem Willen für sie, ein gutes Leben zu führen, glaubwürdig und überzeugend verkündigen will, dann muss in ihrem Handeln exemplarisch etwas davon aufscheinen, wie Menschen nach Gottes Willen leben sollen.“

Uta Pohl-Patalong



nicht um ihre Zukunft sorgen, wenn sie sich in kritischen Phasen auf die Seite der Menschen geschlagen haben, die im biblischen Mandat angesprochen wurden. [...] Gemeinden, die sich um das Schicksal von Menschen kümmern, die in ihrem Raum leben, bekommen ihre Zukunft geschenkt. Auch für sie gilt die Verheißung im Buch Jeremia: „In ihrem Wohl liegt Euer Wohl!“⁵

3. Kirchliches Handeln sinnvoll gestalten (strukturelle Begründung)

Noch einmal anders gelagert ist die strukturelle Argumentation für das gemeinwesenorientierte Handeln der Kirche. Die Kirche hat in ihrer Geschichte unterschiedliche Organisations- und Handlungsformen entwickelt, die jeweils besondere Stärken und Chancen im Blick auf eine vielschichtige Kommunikation des Evangeliums haben. Die dominante Form der Ortsgemeinde orientiert sich seit Ende des 19. Jahrhunderts an den Lebensräumen von Menschen im Nahbereich und beruht zu großen Teilen auf persönlichen Kontakten vor allem zu den Hauptamtlichen, aber auch der Gemeindeglieder untereinander. Die mittlere Ebene des Kirchenkreises bzw. Dekanates hat größere räumliche Zusammenhänge und übergeordnete Aufgaben der Kirche im Blick und kann finanziell gezielt wichtige Aufgaben fördern. Die Diakonie schließlich hat eine umfassende fachliche Expertise für soziale Problemlagen entwickelt und beschäftigt Menschen, die für solche Aufgaben ausgebildet sind. Im Blick auf die Arbeit für die soziale Infrastruktur eines Dorfes oder eines Stadtteils werden die Kompetenzen und Chancen aller kirchlichen Ebenen in ihrem Zusammenwirken benötigt und es wäre geradezu fatal, wenn diese Chance nicht genutzt würde. „Die Kirche kann

durch ihre Rolle als Volkskirche zur Überwindung sozialer Segmentierungen beitragen und unterschiedliche Angebotsstrukturen im Gemeinwesen vernetzen. Sie kann Kultur- und Sozialarbeit verknüpfen. Sie kann in ihren Gemeinden an Traditionen von Nachbarschaftshilfe, Vereinsarbeit und Zusammenarbeit der Generationen anknüpfen und einzelne in Krisensituationen begleiten. Sie kann verhindern, dass soziale Dienste nur deshalb unterbleiben, weil freiwillige Tätigkeiten und Hilfebedarf nicht zueinander finden. Gerade auf diesem Feld liegen die größten Chancen für Kirchengemeinden, die in einem überschaubaren Nahbereich verankert sind und eng an den Bedürfnissen der Menschen orientiert soziale Dienste organisieren können. Dabei ist es notwendig, die gemeinwesenorientierte Arbeit in der Parochie und die spezifische Fachkompetenz der diakonischen Träger zu vernetzen.“⁶

Gleichzeitig decken sich die Ziele kirchlichen Handelns häufig mit denen säkularer Träger und es erscheint in den wenigsten Fällen sinnvoll, kirchliche Alleingänge in diesem Arbeitsfeld zu unternehmen. Zu den inhaltlichen Überlegungen kommt also das pragmatische Argument hinzu, dass die für die kirchliche Gemeinwesenarbeit typische Zusammenarbeit verschiedener kirchlicher und anderer Akteure die Arbeit nachhaltig verbessert und Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden. ■

- 1 Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Diakonisches Werk der EKD, 2007, S. 5
- 2 Vgl. Eberhard Hauschildt / Uta Pohl-Patalong: Kirche (Lehrbuch Praktische Theologie)
- 3 Reden von Gott in der Welt. Kirchenamt der EKD, Frankfurt a.M., 2. Aufl., 2001, S. 43
- 4 Thomas Schlegel: Diakonie und Mission – und ihre notwendige Zusammenschau im ostdeutschen Kontext. epd-Dokumentation 39/2011, S. 27–30
- 5 Klaus Dörner: Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem. Neumünster 2007, S. 11
- 6 Soziale Dienste als Chance. Dienste am Menschen aufbauen. Menschen aktivieren. Menschen Arbeit geben. EKD-Texte 75, 2002, http://www.ekd.de/EKD-Texte/ekd_texte_75_5.html (abgerufen am 20. 10. 2014)

TIPPS ZUM WEITERLESEN

Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen:
www.upress.uni-kassel.de/katalog/abstract.php?978-3-89958-443-1

Thema Armut: Gemeinwesenarbeit im Bereich des DWHN. Die Broschüre stellt 21 Projekte vor.
www.diakonie-hessen.de/veroeffentlichungen/publikationen.html

epd-Dokumentation Nr. 10, 5. März 2013: „Kirche mitten drin“. Sozialer, struktureller und demographischer Wandel in Städten und Gemeinden – die Herausforderung für Kirche, ihre Diakonie und Zivilgesellschaft vor Ort. Beiträge zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Meißen.

Fairtrade-Town:
www.fairtrade-towns.de

Gemeinwohl-Ökonomie:
www.ecogood.org

Perspektive Nr. 34: Regionale Schrumpfung gestalten
<http://goo.gl/sp0XDx>

Programm Soziale Stadt: Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wurde mit dem Ziel beschlossen, Stadtteile mit städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen aufzuwerten und die Wohn- und Lebensbedingungen in den Stadtteilen zu verbessern. Das Programm umfasst nicht nur bauliche Verbesserungen, sondern soll auch Entwicklungen in Bereichen wie Kultur, Freizeit, Sicherheit, Familien, Seniorinnen und Senioren, Jugend, Umwelt sowie Arbeits- und Ausbildungsförderung unterstützen.
www.staedtebauforderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html

Solidarische Ökonomie:
www.solidarische-oekonomie.de

Soziale Stadt Frankfurt:
www.frankfurt-sozialestadt.de

Soziale Stadt Mainz:
www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/sozialestadt



IM GESPRÄCH

Wenn die Chemie stimmt, klappt die Zusammenarbeit

Thomas Fischer, noch amtierender Bürgermeister von Glashütten, und die evangelische Pfarrerin Anja Bode sprechen über die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Kirchengemeinde und Kommune.

Das Interview führten: Margit Befurt und Dr. Brigitte Bertelmann, ZGV

Wie begann Ihre Zusammenarbeit?

Fischer: Das erste Mal arbeiteten wir beim Brunnenfest in Oberems, einem Ortsteil von Glashütten, zusammen. Der historische Brunnen war marode und mit einem Benefizfest sammelten wir Spenden für dessen Restaurierung. Ich sprach Pfarrerin Bode an, ob sie sich mit einem ökumenischen Gottesdienst an dem Fest beteiligen würde.

Bode: Wir hatten auch schon regelmäßigen Kontakt zur Kommune über unseren kleinen Kindergarten in Oberems. Wir mussten uns gegenüber den großen Kindergärten behaupten und entwickelten neue Ideen. Der Kommune fehlten Betreuungsplätze für Kinder nach der Grundschule. In unserem Kindergarten waren noch Plätze am Nachmittag frei und anstatt neue Betreuungsplätze zu schaffen, übertrug uns die Kommune die Betreuung von zehn Grundschulern.

Auch beim alle 14 Tage stattfindenden kostenfreien Mittagstisch für die älteren Bürger oder beim wöchentlichen Montagscafé kooperieren Kommune und Kirchengemeinde. Dafür waren am Anfang viele Gespräche und Verhandlungen nötig.

Fischer: Die Kommune stellt das Bürgermobil zur Verfügung, um die alten Menschen aus den Orts-

teilen „zu Tisch“ zu bringen. Es wurde aus Spenden und Werbeaufschriften finanziert und steht Kirchen und Vereinen zur Verfügung. Und manchmal wird der Hausmeister des Rathauses auch zum Fahrer.

Welche Projekte haben Sie, Frau Bode, in Ihrer Kirchengemeinde angestoßen und welche Wirkung hatte das?

Bode: Wir haben den Weltladen in unsere Kirchengemeinde geholt und offen zur Mitarbeit eingeladen. Die Weltladenarbeit hat konfessionsübergreifend viele Menschen zusammengebracht, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Veränderungen in der Welt einsetzen wollen und war Motor im Prozess der Fairtrade-Town. Meine eigene Mitarbeit dort betrachte ich als Ehrenamt, denn wenn wir uns von Gemeindemitgliedern ehrenamtliches Engagement wünschen, ist es nur richtig, dass ich mich ebenfalls in dieser Form engagiere. Dadurch bin ich auch nicht Vorgesetzte sondern Teil des Projektes.

Obwohl der Laden mittlerweile größer geworden ist, geht es mir nicht primär darum. Ich möchte vielmehr mit den fair gehandelten Produkten ein Bewusstsein schaffen für die Entwicklungen in der Welt, denn hinter den Produkten stehen Menschen.

Das fließt in den Gottesdienst, den Religionsunterricht oder in die religiöse Früherziehung im Kindergarten ein. Beispielsweise schauen wir uns gemeinsam an, wo die Schokolade herkommt und wie sie produziert wird. Die Weltladenarbeit soll nicht als Zwang empfunden werden. Aber wenn es gelingt, Eltern und Gemeindemitglieder einzubeziehen, können wir gemeinsam etwas vorleben und wachsen lassen, wie beim Mittagstisch, der nur aus fair gehandelten und regionalen Produkten besteht, oder bei unserem Apfelfest, das wir am „Hessischen Tag der Nachhaltigkeit“ zusammen gefeiert haben.

Fischer: In Glashütten entstand durch das große Engagement der Kirchen, des Weltladenteams und des Vereins „Jetzt e. V.“ eine Bewegung zur Nachhaltigkeit. Deshalb haben wir gerne den Hessischen Tag der Nachhaltigkeit zusammen gestaltet. Mit dem Apfelfest wollten wir ein Bewusstsein für unsere Region schaffen, denn Streuobstwiesen gehören zu unserem Landschaftsbild. Aber was mit den Früchten passiert, hat lange Zeit niemanden interessiert. Durch die Zusammenarbeit beim Hessischen Tag der Nachhaltigkeit entstand die Idee, dass sich Glashütten um das Zertifikat „Fairtrade-Town“ bewerben könnte.

Welche Schritte sind nötig auf dem Weg zur Fairtrade-Town?

Fischer: Zuerst haben wir einen Lenkungskreis gegründet und auf Festen, in unseren Gremien



GLASHÜTTEN

Die Großgemeinde entstand durch den Zusammenschluss der vorher selbstständigen Gemeinden Glashütten, Oberems und Schloßborn. Die Gemeinde gehört zum Hochaunuskreis.

5.829 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 2009),
51 Vereine,
2 Schulen (Grundschulen),
3 Kirchengemeinden

und durch persönliche Gespräche für die Idee geworben. Es musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, denn alles, was neu losgetreten wird, stößt zunächst auf Vorbehalte.

Den nötigen Gemeindevertreterbeschluss erreichten wir, weil ich versichert habe, dass sich kein Mitarbeiter aus der Verwaltung zusätzlich um das Vorhaben kümmern müsse, sondern die anfallenden Aufgaben von mir selbst erledigt würden.

Mittlerweile haben wir die Bewerbungsunterlagen eingereicht und im November 2014 erhalten wir voraussichtlich unser Zertifikat. Fünf Kriterien sind dafür nötig (siehe Kasten). Dazu gehören Mitwirkungserklärungen von unterschiedlichen Einrichtungen und Informationsveranstaltungen zu fairem Handel.

Bislang haben 21 Schulen, Kindergärten, Vereine und Gewerbetreibende eine Mitwirkungserklärung abgegeben. Die Unterzeichner verpflichten sich, mindestens zwei fair gehandelte Produkte anzubieten oder zu verarbeiten. Beispielsweise erhalten Kundinnen und Kunden beim Friseur anstatt normalem Kaffee jetzt welchen aus fairem Handel. Die Betreiber eines Cafés werden zu Weihnachten Plätzchen aus fair gehandelten Produkten backen. Das „Klinkenputzen“ hatte zur Folge, dass über die Idee gesprochen wird. Und die Gesprächspartner merken, dass sie sich ganz leicht beteiligen können. Die Kreativität wurde angeregt und es entstand ein gutes Gefühl, mit wenig Einsatz etwas Gutes tun zu können. Darüber hinaus entstanden neue Kontakte, durch die unsere Idee weitergetragen wurde.

Bode: Mich für die Fairtrade-Town zu engagieren entspricht meiner Grundidee von Christentum. Wir müssen Gemeinschaft leben, die Welt mitgestalten und uns aktiv für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Das ist Teil unserer Verkündigung. Ohne dieses Handeln aus dem Glauben heraus besteht die Gefahr, dass Seelsorge und Gottesdienst leer bleiben.

Welcher finanzielle und zeitliche Aufwand war bisher nötig?



Pfarrerinnen Anja Bode im Weltladen der evangelischen Kirchengemeinde Glashütten-Oberrod

Bode: Für die Informationsveranstaltungen wurden nicht einmal 100 Euro zusätzlich ausgegeben, weil wir sowieso stattfindende Feste und Veranstaltungen zur Information nutzten. Zum Valentinstag bestellte ein Blumenladen für uns preiswerte Fairtrade-Rosen, die ausschließlich von Ehrenamtlichen des Weltladenteams in der Stadt verschenkt wurden.

Fischer: Der zeitliche Aufwand hielt sich sehr in Grenzen. Das Steuerungsteam traf sich bis zur Abgabe der Bewerbungsunterlagen einmal im Monat für zwei Stunden und hat sehr zielorientiert gearbeitet. Dazu kam die Zeit für Gespräche mit den Mitunterzeichnern.

Welche Vorteile hat die Zusammenarbeit für Kommune und Kirchengemeinde?

Fischer: Durch die Zusammenarbeit entstehen neue Angebote für die Bürgerinnen und Bürger. Politik gestalten mit dem Scheckbuch geht schon lange nicht mehr. Jede Kommune muss heute sparen und wir müssen innovativ sein. Nur wenn wir gemeinsam überlegen und unsere Ressourcen zusammenlegen, kann etwas Neues entstehen.

Und Kirche lebt in der Gesellschaft und die Gesellschaft lebt mit der Kirche. Ein Beispiel: Die Glashüttener Vereine veranstalteten ein Benefizwochenende und der Erlös ging an den evangelischen Kindergarten. Wenn Kirche sich im Gemeinwesen engagiert, engagiert sich auch die Bevölkerung für die Kirche.

Bode: Heute ist es nicht mehr wichtig, dass jeder alles anbietet, sondern dass Netzwerke entstehen und Aufgaben und Ideen gemeinsam angegangen werden. Sich austauschen, erkennen, was beim anderen geht, wird zur Bereicherung für alle. Um beispielsweise mit den Konfirmandinnen und Konfirmanden ein Müllsammelprojekt zu starten, rief ich bei der Gemeindeverwaltung an und fragte nach einem geeigneten Tag und welche Auflagen ich zu beachten hätte. Bürgermeister Fischer fragte mich daraufhin, warum wir nicht zusammen mit der Gemeinde sammeln würden. Diese ruft regelmäßig zu Waldreinigungsaktionen auf. Die müssen sowieso organisiert und die Straßen gesichert werden. Seither beteiligen wir uns mit den Konfis daran.

Fischer/Bode: Für alle gemeinsamen Vorhaben gilt: Die Chemie zwischen den handelnden Personen muss stimmen, dann klappt die Zusammenarbeit und wird zu einer Win-win-Situation für alle Beteiligten zum Wohl der Menschen.

P.S.: Die Gemeinde Glashütten ist mittlerweile Transfair-Town. Die Verleihung der Urkunde fand im Rahmen des Neubürgerempfangs im November statt. ■

DIE FÜNF KRITERIEN ZUR FAIRTRADE-TOWN

1. Ratsbeschluss

Die Kommune verabschiedet einen Ratsbeschluss zur Unterstützung des Fairen Handels. Bei allen öffentlichen Sitzungen wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt ausgeschrieben.

2. Steuerungsgruppe

Eine lokale Steuerungsgruppe wird gebildet, die auf dem Weg zur Fairtrade-Town die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Diese Gruppe besteht aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.

3. Fairtrade-Produkte im Sortiment

In den lokalen Einzelhandelsgeschäften und bei Floristen sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus Fairem Handel angeboten. Richtwert ist hier die Einwohnerzahl der Kommune.

4. Zivilgesellschaft

Produkte aus Fairem Handel werden in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen verwendet. Darüber hinaus werden Bildungsaktivitäten zum Thema Fairer Handel umgesetzt.

5. Medien

Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Town.

www.fairtrade-towns.de



BEISPIEL

Dorftreff „Neue Mitte“ in Wallernhausen

von: Stefan Dietz, Diakonisches Werk Wetterau



Der Dorftreff „Neue Mitte“ ist ein Inklusionsprojekt des Psychosozialen Zentrums (PSZ) in Nidda. Dieses PSZ ist eines von fünf Psychosozialen Zentren im Wetteraukreis in der Trägerschaft des regionalen Diakonischen Werks Wetterau (DWW). Neben dem Dorftreff bietet das PSZ Eingliederungshilfen, wie das ambulante „Betreute Wohnen“ und eine Tagesstätte für Menschen mit psychischen Erkrankungen an. Gegenwärtig nutzen ca. 75 Menschen mit seelischen Behinderungen Beratungs- und Unterstützungsangebote des PSZ Nidda.

Die Idee, einen Dorftreff in Wallernhausen zu errichten, geht zurück auf die Dorferneuerung, die von 2000 bis 2009 stattfand. Stark unterstützt wurde diese Idee vom damaligen Leiter des DWW, Gerhard Wolf, und vom ehemaligen Leiter des PSZ, Wolfgang Clotz, der zugleich als Wallernhauser Bürger engagiert am Dorferneuerungsprozess mitgearbeitet hat. Die Bürger wünschten sich einen Lebensmittelladen und Treffpunkt und das PSZ hatte das Bestreben, niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit seelischen Behinderungen zu schaffen. So erschien Wallernhausen, ca. zwei Kilometer von der Kernstadt Nidda gelegen, als der geeignete Standort.

Den Dorftreff gibt es mittlerweile seit vier Jahren. Er umfasst neben dem Verkauf von frischen Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs, einen Bistrobereich, der Kaffeespezialitäten und

Frühstücke anbietet und ist Treffpunkt für Jung und Alt.

Zurzeit arbeiten drei hauptamtliche und drei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und regelmäßig acht Klientinnen und Klienten mit. Zusätzlich wurde eine Kooperation mit der Diakonie-Werkstatt in Friedberg geschlossen, so dass auch Beschäftigte der Werkstatt für behinderte Menschen einen Teil des Berufsbildungsbereiches oder des Arbeitsbereiches im Dorftreff absolvieren können.

Beschäftigung wird hier flexibel gehandhabt, dies betrifft sowohl die Beschäftigungszeiten der Klienten als auch die Anforderungen, die an das jeweilige Leistungsvermögen angepasst werden.

Inklusion bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich Klienten, Kunden und hauptamtliche Mitarbeiter in einem „natürlichen“ Rahmen treffen, ohne dass die gemeindepsychiatrische Einrichtung des Diakonischen Werks im Vordergrund steht. Die Klienten haben den Anspruch zu arbeiten, die Kunden wollen sich in erster Linie mit Lebensmitteln versorgen oder auf einen Kaffee treffen oder ein Schwätzchen halten. So werden Beziehungen geknüpft, die sich auch auf das Gemeinwesen sehr positiv auswirken.

In unmittelbarer Nähe befinden sich das evangelische Gemeindehaus und der Kindergarten. Alle drei Einrichtungen erhalten als Kooperationspartner ab Januar 2015 eine Anschubfinanzierung der EKHN zur Gestaltung eines Familienzentrums. ■



„Inklusion bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich Klienten, Kunden und hauptamtliche Mitarbeiter in einem ‚natürlichen‘ Rahmen treffen.“

Stefan Dietz

Stadtentwicklung in der Gießener Nordstadt

von: Dekan Frank-Tilo Becher, Gießen, ehemaliger Gemeindepfarrer der Paulusgemeinde

Im Jahr 1998 entschied der Kirchenvorstand der Evangelischen Paulusgemeinde in Gießen, sich im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“ als zentraler Akteur in die Quartiersentwicklung einzubringen. Gemeinsam mit freien Trägern, der Stadt Gießen und der Wohnbau Gießen GmbH wurde die Kirchengemeinde Mitglied im Trägerverbund Gießener Nordstadt. Das Ziel: Soziale Stadtteilentwicklung sollte initiiert und gefördert werden. Ein gemeinsames Stadtteilbüro war Anlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner und hier berieten sie gemeinsam mit dem Trägerverbund, wie sie sich den Stadtteil zukünftig wünschten.

Der Trägerverbund wählte den Pfarrer der Paulusgemeinde zum Vorsitzenden.

Der Kirchengemeinde wurde in dem gemeinsamen Prozess von allen Beteiligten eine deutlich moderierende Rolle zuerkannt. Dafür war es auf der einen Seite hilfreich, dass die Gemeinde bei allem eigenen Interesse an geförderten Projekten von den Mitteln der „sozialen Stadt“ nicht existenziell abhängig war. Auf der anderen Seite verkörperte die seit den 50er Jahren mit dem Quartier gewachsene Gemeinde selbst einen großen Teil des Gemeinwesens und konnte auf lange eigene Erfahrungen als „Kirche für andere“ blicken.

14 Jahre zuvor war mit der Holzbaracke „Holzwurm“ in Kooperation mit dem CVJM und der Stadt Gießen Jugendsozialarbeit gestartet worden. Um den Konfirmandenunterricht rankte sich eine Hausaufgabenhilfe oder Projekte offener Jugendarbeit in Kooperation mit dem Jugend-

bildungswerk. Man nahm im Gemeindezentrum und in der Kita immer wieder neu die Situation von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Stadtteil konkret in den Blick

Im engen Kooperationsgeflecht des neuen Prozesses wurde aus der Kirche für andere eine Kirche mit anderen. Als in der lauten und stauenden Phase der Wohnraumsanierung die Wohnbau einen Ort suchte, an den BewohnerInnen ausweichen und Sanierungskonzepte diskutiert werden konnten, entstand in den Räumen des Gemeindezentrums für eine Weile das Oase-Café. Der Stadtteil zog in die Gemeinde ein. Die Kirchengemeinde war alltäglicher und verlässlicher Partner geworden.

Die Dynamik hat auch innerkirchlich ihre Kreise gezogen, wie der heutige Blick zurück zeigt. Inzwischen ist die zweite evangelische Gemeinde innerhalb des Nordstadtquartiers, die Thomasgemeinde, zu einem wichtigen Akteur geworden und hat u. a. mit dem Umbau ihres Gemeindezentrums für die Beheimatung einer U3-Betreuung einen weiteren Akzent gesetzt. Die benachbarte Jugendwerkstatt Gießen hat eine Werkstattkirche im Quartier eröffnet. Die Kita der Paulusgemeinde hat sich zum Familienzentrum weiterentwickelt. Und für die Zukunft: Im Stellenplan des Dekanats findet sich ab 2015 eine neue Pfarrstelle in der Jugendwerkstatt, die auch die Kooperation zwischen Gemeinden in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf und ganz grundlegend zwischen Kirche und Diakonie weiterverfolgen und befördern soll. ■



„Im engen Kooperationsgeflecht des neuen Prozesses wurde aus der Kirche für andere eine Kirche mit anderen.“

Frank-Tilo Becher



Umzug durch die Gießener Nordstadt zum Gemeindefest



BEISPIEL

DRIN

**Dabei sein,
Räume entdecken,
Initiativ werden,
Nachbarschaft leben.
Gegen Armut
und Ausgrenzung.**

von: Pfarrerin Margarete Reinel,
Diakonie Hessen, Projektleiterin DRIN



Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Diakonie Hessen e. V. gegen wachsende Armut und Ausgrenzung.

Kirchengemeinden, Dekanate und die regionalen diakonischen Werke entwickeln, gemeinsam mit anderen Einrichtungen und Akteuren vor Ort, Angebote, um wachsender Armut und zunehmender Ausgrenzung konkrete Maßnahmen entgegenzusetzen.

Ziel der Projekte im Rahmen von DRIN ist es, von Armut betroffene oder bedrohte Menschen zu ermutigen, Eigeninitiative zu entwickeln, aktiv zu werden und sich, entsprechend ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten, selber zu helfen, und ihnen so mehr Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Synode der EKHN hat im Mai 2014 eine Gesamtsumme von drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit können, gemäß des Bedarfs an den unterschiedlichen Orten, Projekte entwickelt werden.

Das DRIN-Projekt bietet die Chance, dass Kirchengemeinden sich als Akteure im Sozialraum

entdecken und verstehen, die gemeinsam mit den regionalen Diakonischen Werken und anderen Einrichtungen vor Ort, niedrigschwellige Hilfsangebote und Nachbarschaftsnetzwerke entwickeln. Damit können Kirchengemeinden als verantwortliche und verlässliche Partnerinnen bei der Beteiligung an Projekten der Gemeinwesenarbeit und der Gestaltung von Lebensräumen wahrgenommen werden.

In jeder der sechs Propsteien sollen mindestens sechs Projekte durchgeführt werden. Die Vergabe der Projekte und die Begleitung über den gesamten Projektzeitraum erfolgt durch eine Steuerungsgruppe, der Vertreterinnen und Vertreter aller kirchlichen Ebenen angehören. Zur operativen Begleitung und Beratung der Projekte in den Regionen wird bei der Diakonie Hessen e. V. ein Projektbüro eingerichtet. Die Laufzeit der Einzelprojekte beträgt drei Jahre. ■

Weitere Informationen:

Pfarrerin Margarete Reinel (Projektleitung)
margarete.reinel@diakonie-hessen.de



„Das DRIN-Projekt bietet die Chance, dass Kirchengemeinden sich als Akteure im Sozialraum entdecken und verstehen.“

Margarete Reinel

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung der EKHN
Oberkirchenrat
Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Redaktion:
Margit Befurt, Dr. Brigitte
Bertelmann, Oberkirchenrat
Christian Schwindt
Telefon: 06131 2874442
Fax: 06131 2874411
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Layout: Magascreen, Gießen
Korrektur: Hans-Peter Wiener
Druck: Lautertal-Druck

Auflage: 4.000
Die Perspektiefe erscheint drei Mal
im Jahr und ist kostenlos.

Bilder (Seite in Klammern):

ZGV (1, 5, 6); Gabriele Ohl/privat (2);
Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg (1, 3);
Fotolia/© goodluz (3 unten);
www.angebote-aus-deiner-region.de (4 unten);
Stefan Dietz/Diakonisches Werk Wetterau (6);
Ev. Dekanat Gießen/Jugendwerkstatt Gießen (7);
Esther Stosch/Ev. Medienhaus Frankfurt/privat (8)